

Trinkwasser: Saftige Preiserhöhung droht

Kaum war Ruhe um Abgaben und Beiträge bei Wasserzweckverbänden eingeleitet, sorgen neue Pläne für Aufruhr. Das Land will sich Geld bei den Verbänden holen - denen bliebe nur die Umlage auf Bürger.

Von Thomas Klämt

Ilmenau - Im Wasser-/Abwasserzweckverband Ilmenau (WAVI) werden jüngste Pläne des Umweltministeriums Thüringen, eine Abgabe auf Wasserentnahme einzutreiben, scharf kritisiert. Das Umweltministerium hält trotz heftiger Kritik aus Wirtschaft und Opposition an diesen Plänen fest.

WAVI-Geschäftsleiter Manfred Engelhardt nimmt in dieser Sache kein Blatt vor den Mund, sieht das Vorhaben als reine Abzocke der Verbraucher, die Zweckverbände zwangsweise als Vollstrecker. "Das gibt neuen Ärger, neue Unruhe", schimpft er. Das Argument von Staatssekretär Roland Richwien, wonach Thüringen als Nehmerland im Länderfinanzausgleich wenigstens jene Einnahmequellen ausschöpfen müsse, die die Geberländer bereits nutzten, widerlegt Engelhardt: "Das ist völliger Quatsch", stellt er fest. "Die Argumentation, die da angestoßen wurde, ist nicht ganz echt. Denn das kann dann nicht nur im gerade passenden Einzelfall gelten. Thüringen erhebt zum Beispiel Straßenausbaubeiträge, Bayern nicht. Wenn so argumentiert wird, müsste für alle das Gleiche gelten. Das tut es aber nicht", so Engelhardt und fügt hinzu: "Ich leg da noch 'ne Schippe drauf: Sachsen fordert lediglich 1,5 Cent pro Kubikmeter, Thüringen will 8 Cent. Mit welcher Berechtigung und wo soll das noch hinführen?"

15 statt 8 Cent befürchtet

Der WAVI-Geschäftsstellenleiter kündigt, sollte ein solches Gesetz in Thüringen wirksam werden, deutlich steigende Trinkwasserpreise an. Denn bei den 8 Cent werde es nicht bleiben, schon allein, weil dies ein Nettobetrag ist. Doch es stecke noch mehr dahinter, erklärt er. Gefordert werde die Abgabe "für die geförderte, nicht die verkaufte Menge - das ist ein feiner Unterschied!" Der WAVI etwa fördere gut drei Millionen Kubikmeter Trinkwasser pro Jahr, verkaufe aber nur 2,5 Millionen. Die 240 000 Euro Abgabe an den Freistaat also müssten auf die nur 2,5 Millionen verkauften Kubikmeter umgelegt werden, um sie wieder einzutreiben. Das bedeute für den Verbraucher dann bereits zehn oder elf Cent pro Kubikmeter, plus Mehrwertsteuer, also um die 15 Cent effektiv. "Da kommt am Jahresende eine saftige Preiserhöhung zustande", schimpft Engelhardt, war dem WAVI doch aus eigenen Kräften für zehn Jahre Preisstabilität beim Trinkwasser gelungen. "Und das nun alles völlig ohne Not und nachdem wir die 'Geschenke von Herrn Althaus' bearbeitet hatten", kritisiert er.

Die geplante Abgabe auf die Wasserentnahme wäre nicht die einzige Kostenposition, die Wasser-/Abwasserpreise nach oben treiben. Bereits eingeflossen sind andere Auflagen, wie die Abwasserabgabe oder der Ertragsausfallausgleich für Landwirte. "Nicht alle Abgaben sind schlecht", bestätigt der WAVI-Geschäftsleiter. Bei der Abwasserabgabe sei über den Rückfluss als Fördergeld für neue Anlagen auch "ein gewisser Effekt für die Umwelt nicht zu verkennen", sagt er. Und der Ausgleich für Landwirte in Schutzzonen, in denen nicht wie

gewohnt gedüngt werden darf, die Erträge entsprechend niedriger seien, sei tatsächlich für die Agrarbetriebe hilfreich und nachvollziehbar. "Damit ich nicht falsch verstanden werde. Wir schreien auch da nicht Hurra, aber da hat es einen Hintergrund.

Bei der Wasserentnahmeabgabe aber ist das alles nur Hohn und Spott. Da soll man doch ehrlich sagen: 'Wir wollen den Bürger schröpfen und die Zweckverbände sollen's eintreiben!'", so Engelhardt deutlich verärgert. "Wir fordern den Bürger auf, nicht mit Wasser zu sparen und jetzt haut das Land noch drauf. Was wird denn die Konsequenz? - Die Leute sparen noch mehr!", rechnet Engelhardt schon mal durch, dass der Wasserpreis dann weiter steigen werde. Der Verbrauch hier im Osten sei mit 80 Litern pro Kopf und Tag schon sehr gering. Das Argument, das eingetriebene Geld für die Verbesserung der Wasserqualität zu verwenden, sei völliger Unsinn. Die Qualität sei bereits bestens. Auch der Verweis auf die EU, die "Wasserressourcen effektiv zu nutzen", greift aus Engelhardts Sicht nicht. "Ich hab genug Wasser. Da bedarf es keiner weiteren Förderung. Bei solchen Argumenten fühlst du dich als Wasserlieferant regelrecht verarscht", stellt Engelhardt fest. Und hier sieht er sich eins mit Kollegen Werkleitern aus Südthüringen, die sich mit dem Gemeinde- und Städtebund dazu beraten haben - mit einhellig ablehnender Haltung zu dem Vorhaben.

Abgeordnete überrascht

Dieses ist momentan noch nicht perfekt. Engelhardt geht davon aus, dass die Abgabe nicht als Richtlinie oder Verordnung, sondern als Gesetz kommt. Dafür jedoch reichte ein Kabinettsentscheid nicht, müsste ein Landtagsbeschluss her. Und den sieht Engelhardt keinesfalls sicher. Denn bei Gesprächen habe er festgestellt, dass nicht einmal CDU-Abgeordnete von diesem Vorstoß gewusst und höchst verwundert reagiert hätten. "Es ist ja auch ganz eigenartig, dass man das in der Ferienzeit forciert, in der die Abgeordneten gar nicht da sind", spricht Engelhardt nicht nur von zeitlichem "Unfug".